

# Keine endgültigen Entscheidungen mehr

Über Freiflächen um Musa, Infotafel zu Oppenheimer und koloniale  
Geschichte muss der neue Rat entscheiden

Von Lea Lang

**Göttingen.** Eine Weiterentwicklung des Geländes um Musa und HW2, die Aufarbeitung und Auswertung der kolonialen Geschichte Göttingens und die geschichtliche Einordnung des Wirkens Robert Oppenheimers standen auf der Tagesordnung der Sitzung des Kulturausschusses am Dienstag. Doch zu endgültigen Beschlüssen kam es in keinem der Punkte – zum Unmut einiger Anwesender.

Drei Mitglieder der Anti-Atom-Initiative waren zugegen, um die Diskussion zum Antrag der Partei-Ratsfraktion zu verfolgen. Sie unterstützen den Antrag der Partei, eine Ergänzungstafel für die Gedenktafel Robert Oppenheimers anbringen zu lassen. Zum Hintergrund: Die Stadtverwaltung hatte 2018 eine Tafel an Oppenheimers früherem Wohnhaus in Göttingen am Geismartor anbringen lassen. Oppenheimer kam 1926 nach Göttingen. 1942 übernahm der Physiker in den USA die wissenschaftliche Leitung des „Manhattan-Projektes“, in dem alle Tätigkeiten der USA zum Bau

einer Atombombe zusammengeführt wurden. Nach dem Abwurf der ersten Bomben auf Japan wurde Oppenheimer vielen Quellen zufolge zu einem erklärten Gegner der Nuklearwaffen. Die Göttinger Anti-Atom-Initiative und die Partei möchten das Namensschild um einige Sätze ergänzen, die Oppenheimers Wirken anders skizzieren: Beispielsweise, dass der Atomphysiker als Berater der US-Regierung mitverantwortlich war für die Entscheidung, welche japanischen Städte Ziele der Atombomben-Abwürfe wurden. „Wir wollten auch die Zeit vor 1945 beleuchten“, so Ratsfrau Helena Arndt (Die Partei). Der Rat der Stadt hatte die Entscheidung dem Kulturausschuss übertragen, dieser hatte eine Stellungnahme der Verwaltung vorliegen. Darin lautete der Beschlussvorschlag, ein zweites wissenschaftliches Gutachten zu Oppenheimer anzufordern. Der Ausschuss lehnte das aber einstimmig ab. Martin Melchert aus der Anti-Atom-Initiative meldete sich dazu in der Bürgerfragestunde zu Wort. „Das erste Gutachten war ein Gefälligkeitsgutachten“, sagte er.

„Wir sind völlig überrascht, dass unser Vorschlag nicht bedacht wurde.“ Der Vorsitzende des Kulturausschusses, Frank-Peter Arndt (SPD), wollte beschwichtigen: „Wir haben den Antrag damit nicht unter den Teppich gekehrt. Dieser Rat muss sich zu gegebener Zeit umfassend damit beschäftigen, damit nicht nur ad hoc entschieden wird“, antwortete er. Melchert zufolge hing die Tafel seit zwei Jahren, seitdem protestiere das Bündnis dagegen. „Der neue Rat ist gewählt und wir greifen ihm jetzt nicht mehr vor“, beendete Arndt den Punkt.

Den interfraktionellen Antrag der Ratsfraktionen von CDU, Grünen und Ratsherr Francisco Welter-Schultes zur Musa wollte Katharina Schüle-Rennschuh (CDU) selbst verschieben. Die Verwaltung strebe an, noch im September mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) in Kontakt zu treten, um eine Vereinbarung über die Nutzung der Frei- und Grünflächen am Hagenweg 2 zu erwirken, heißt es in der Stellungnahme zu dem Punkt. Der neue Rat wird sich damit auseinandersetzen.